

**Medienmitteilung vom 1. September 2006**

## **Mit Stabilität und Zuverlässigkeit zum Erfolg**

**Die Grünen Kanton Bern nehmen den Voranschlag sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2007 - 2010 mit Zustimmung zur Kenntnis. Die Dokumente sind Ausdruck einer stabilen, zuverlässigen Finanzpolitik. Auch die Hochrechnung 2006 bestätigt, dass der Kanton auf dem Weg des Schuldenabbaus sicher unterwegs ist. Um einen Rückfall in die Schuldenwirtschaft zu verhindern, braucht es in den nächsten Jahren Augenmass.**

Ohne den negativen Finanzierungssaldo im Voranschlagsjahr 2007 wäre der Aufgaben- und Finanzplan ein makelloser Reineffekt. Der Schönheitsfehler im Voranschlag ist plausibel erklärbar. Mit der politisch breit abgestützten Übernahme der Spitalliegenschaften, der Kapitalausstattung der neuen Spitalträgerschaften und Police Bern stehen 2007 ausserordentliche Ausgaben von Fr. 150 Mio. an. Diese einmaligen Sonderfaktoren erklären den negativen Finanzierungssaldo vollständig. Zudem hat der Regierungsrat angesichts der massiv verschlechterten personalpolitischen Konkurrenzfähigkeit des Kantons die Mittel für das Lohnsummenwachstum zurecht auf 2% erhöht; damit badet der Kanton im Rechnungsjahr 2007 eine negative Folge der restriktiven Lohnpolitik der letzten Jahre aus.

Für den strukturell guten Zustand des Finanzhaushaltes spricht die Tatsache, dass der Kanton in der Lage ist, kurzfristige Verschlechterungen wie die ab 2006 wegfallenden 120 Mio. Franken aus dem eidgenössischen Finanzausgleich zu absorbieren. Trotz dieser unvorhergesehenen Mehrbelastung kann gemäss Hochrechnung 2006 für das laufende Jahr mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 218 Mio. sowie einem Schuldenabbau von rund Fr. 200 Mio. gerechnet werden. Dies bedeutet einen um rund Fr. 150 Mio. besseren Rechnungsabschluss als budgetiert.

Die guten Zahlen dürfen nicht zu politischem Übermut führen. Um eine mögliche Verschlechterung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen rasch und ohne Leistungsabbau auffangen zu können, muss das bestehende strukturelle Polster im Kantonshaushalt erhalten werden. Dass die Angst vor einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen nicht unbegründet ist, zeigt die anstehende KVG-Revision, welche zu einer jährlichen Mehrbelastung des Kantons von Fr. 250 Mio. führen kann. Deshalb braucht es in den anstehenden finanz- und steuerpolitischen Debatten das richtige Augenmass.

### **Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Grossrat, 079 263 47 68